

Inhaltsprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Betriebe

13. Sitzung
12. Oktober 2022

Beginn: 14.06 Uhr
Schluss: 17.03 Uhr
Vorsitz: Jörg Stroedter (SPD), stellv. Vorsitzender

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll.

Punkt 1 der Tagesordnung

Wahl der/des Vorsitzenden

Der **Ausschuss** lehnt den Wahlvorschlag der AfD-Fraktion für das Amt des Vorsitzenden mehrheitlich ab; im Weiteren vertagt.

Punkt 2 der Tagesordnung

Aktuelle Viertelstunde

Christian Wolf (FDP) fragt, welche Maßnahmen der Senat treffe, um die Vorschläge des Bundesfinanzministeriums zur steuerlichen Entlastung, z. B. Senkung von Steuervorauszahlungen, Stundung von Steuerschulden, Aussetzung von Vollstreckungsmaßnahmen auf Antrag von Unternehmen, Selbstständigen und Freiberuflern, Praxis werden zu lassen.

Staatssekretär Tino Schopf (SenWiEnBe) teilt mit, dass die Antwort nachgereicht werde, da ihm dazu im Moment keine Informationen vorlägen.

Christian Wolf (FDP) stellt die Nachfrage, inwieweit der Senat eine Kommunikationsstrategie verfolge, um die Berliner Unternehmer/-innen zu informieren.

Staatssekretär Tino Schopf (SenWiEnBe) erklärt, dass dies ebenfalls nachgereicht werde.

Christian Gräff (CDU) erkundigt sich, ob der Senat auch für den Winter 2023 plane, Sondernutzungsgebühren beispielsweise für den Einzelhandel und die Gastronomie zu erlassen, und ob die Bezirke von ihrem Anteil entlastet worden seien. Dies wäre ein Lichtzeichen in schwierigen Zeiten für die betreffenden Unternehmen, die Planungssicherheit brauchten.

Staatssekretär Tino Schopf (SenWiEnBe) antwortet, dass der Senat am 27. September 2022 beschlossen habe, dass die Bezirksämter für das Jahr 2022 auf die Erhebung von Sondernutzungsgebühren für die Nutzung von Verkehrsflächen auf Gehwegen über 1,50 m hinaus verzichten könnten. Die Erlassung stelle einen wichtigen Baustein zur Wiederbelebung der Berliner Zentren und zum Neustart der Branchen dar. Die aktuelle Wirtschaftslage entwickle sich zunehmend dynamisch. Sollte eine Verlängerung der Regelung über 2022 hinaus erforderlich sein, sei er zuversichtlich, dass mit der federführenden SenUMVK eine gute Lösung zur Unterstützung der Branchen gefunden werde.

Christian Gräff (CDU) konstatiert, dass der Senat offenbar noch nicht über die Verlängerung für 2023 beraten habe, obwohl die Not sehr groß sei. Die Frage, ob die Bezirke durch entsprechende Erstattungen von ihrem Anteil entlastet worden seien, sei unbeantwortet geblieben. Im Übrigen sehe man eine unterschiedliche Behandlung der Unternehmen durch die Bezirke.

Staatssekretär Tino Schopf (SenWiEnBe) sagt zu, eine Antwort auf die Frage nachzuzeichnen.

Die Aktuelle Viertelstunde ist beendet.

Punkt 3 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
Sachstand Corona-Regeln und Hilfen
(auf Antrag aller Fraktionen)

[0021](#)
WiEnBe

Staatssekretär Tino Schopf (SenWiEnBe) trägt vor, das Infektionsgeschehen sei derzeit dynamisch, die Siebentageinzidenz auf rund 460 stark gestiegen. Die Hospitalisierungsinzidenz liege nunmehr bei 13,9. Hingegen sei die ITS-Belegung nur leicht auf 5,4 Prozent gestiegen. Angesichts des weitgehenden Wegfalls der Testpflicht gehe man von einer Untererfassung der Neuinfektionen aus. Die Last für das Gesundheitssystem bleibe hoch. Man müsse sich auf höhere Krankheitsstände und ggf. Einschränkungen in den Betrieben einrichten. Die StS-AG Corona habe am 21. September ein Stufenmodell beschlossen, das die Maßnahmen vor Feststellung einer epidemischen Lage auf Landesebene definiere. Die Stufe 1 – Basisschutzmaßnahmen – sei seit 1. Oktober in Kraft. Stufe 2 betreffe die Einführung einer Maskenpflicht in öffentlich zugänglichen Innenräumen in bestimmten Bereichen, Stufe 3 die Erweiterung der Maskenpflicht in öffentlich zugänglichen Innenräumen in zusätzlichen Bereichen. Derzeit sei keine Anhebung auf die nächste Stufe geplant. Damit sei die Wirtschaft aktuell nicht von

Maßnahmen betroffenen. Zum aktuellen Stand der Coronahilfen verweise er auf die übermittelte Tabelle.

Christian Gräff (CDU) bittet um Aufklärung im Hinblick auf eine RBB-Eilmeldung, der zufolge der Senat in der nächsten Woche eine Maskenpflicht im Einzelhandel sowie in Kultureinrichtungen beschließen wolle. Er halte dies in dieser Situation für Unsinn, da man sich lt. wissenschaftlichen Untersuchungen dort kaum infizieren werde und sich derzeit viele Unternehmen, gerade im Einzelhandel, in einer schwierigen wirtschaftlichen Situation befänden.

Jörg Stroedter (SPD) vertritt die Auffassung, dass eine Maskenpflicht keine Einschränkung für die Wirtschaft wäre; auch viele Abgeordnete trügen eine Maske. Man rede nicht über Lockdowns, Schließungsmaßnahmen und eine Testpflicht. Neben dem Impfen seien Masken das beste Mittel, um die Pandemie einzuschränken. Insofern würde er einen entsprechenden Vorschlag der Gesundheitssenatorin begrüßen.

Julian Schwarze (GRÜNE) knüpft an, die Wirksamkeit von Masken sei wissenschaftlich nachgewiesen. Inwieweit würden Clubs im Entlastungspaket berücksichtigt und könnten von Maßnahmen profitieren?

Christoph Wapler (GRÜNE) unterstreicht, dass eine Maskenpflicht das mildeste Mittel sei, dem vorbeugenden Infektionsschutz diene und insofern auch im Sinne der Wirtschaft sein müsste, denn damit könnten hohe Krankenstände durch Infektionswellen vermieden werden. Welche Auffassung vertrete SenWiEnBe?

Christian Gräff (CDU) betont, dass er mit dem Masketragen am Arbeitsplatz kein Problem habe, es aber einen Unterschied zwischen der gefühlten und der tatsächlichen Sicherheit gebe. Beim Einkaufen im Einzelhandel habe es weltweit keine Ansteckung gegeben. Wenn man länger nebeneinander stehe oder sitze, gebe es eine Ansteckungsgefahr, aber nicht, wenn man beim Einkaufen aneinander vorbeigehe. Insofern werde hier ein Mythos weitergetrieben, der nichts mit wissenschaftlichen Erkenntnissen zu tun habe. Selbstverständlich hätte eine Maskenpflicht wirtschaftliche Auswirkungen, z. B. auf die Textilbranche, die schwer gebeutelt sei und dann von vielen nicht mehr besucht werden würde. Eine Maskenpflicht im Einzelhandel wäre eine rein symbolische Maßnahme ohne Wirkung auf das Infektionsgeschehen.

Staatssekretär Tino Schopf (SenWiEnBe) stellt klar, dass es sich nicht um einen Senatsbeschluss, sondern zunächst um einen Vorschlag der Gesundheitssenatorin handele. Es gelte das Stufenmodell, das die StS-AG am 21. September beschlossen habe.

Im Weiteren vertagt.

Punkt 4 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0075](#)
WiEnBe
Sachstand der Energieeinsparungsbemühungen des Landes Berlin sowie der Auswirkungen der sich zuspitzenden Energiekrise auf die Berliner Unternehmen und die landeseigenen Betriebe
(auf Antrag aller Fraktionen)

Staatssekretär Tino Schopf (SenWiEnBe) teilt mit, dass es keinen neuen Sachstand zu den bereits in der letzten Sitzung dargelegten Energiesparmaßnahmen seitens des Senats gebe. SenWiEnBe habe den Bezirken Unterstützung bei der Umsetzung der Verordnungen durch Abstimmung von Vollzugsmaßnahmen und Entwicklung von Auslegungshilfen zugesichert. Die Auslegungshilfe für die Bezirke sei inzwischen fertiggestellt worden und werde den Bezirken nach Abstimmung mit SenInnDS kurzfristig zur Verfügung gestellt. Seit dem 14. September finde wöchentlich ein Austausch zwischen den Bundesländern statt, die sich um eine einheitliche Auslegung der Verordnungen bemühten. Dabei hätten zunächst die kurzfristigen Maßnahmen im Vordergrund gestanden. Die landeseigenen Betriebe hätten eine Reihe von Energiesparmaßnahmen identifiziert und teilweise bereits umgesetzt. Weitgehend umgesetzt seien die Maßnahmen zu Raumtemperaturen, Nachtabsenkungen, Außenbeleuchtung, Repräsentationsbeleuchtung, Warmwasseraufbereitung und Umstellung auf LED. Die nun anstehenden Maßnahmen, z. B. Nachrüsten von Thermostatventilen, Umrüstung auf Bewegungsmelder, Einbau von Durchlaufbegrenzungen, Erarbeitung von ganzheitlichen Energiesparkonzepten, seien in der Umsetzung aufwendiger.

Dr. Alexander King (LINKE) fragt, welchen praktischen Nutzen das Energiesparbündnis mit BBU, GASAG, Vattenfall, Innungen etc. habe, welche Hilfen sich der Senat angesichts der Erleichterungen für Nutzer von Gasheizungen und Fernwärme und der Verteuerung des Heizöls um 90 Prozent, im Übrigen stark losgelöst von der internationalen Preisentwicklung, für Haushalte mit Ölheizung vorstelle, zumal die Versorgung mit Öl- und Raffinerieprodukten in Berlin künftig noch schwieriger werde, und was das Leck in der Druschba-Pipeline für die Versorgung Berlins bedeute. Treffe zu, dass Polen im Gegenzug zur Belieferung mit Öl über den Hafen Danzig mit einem Unternehmen bei PCK Schwedt einsteigen wolle? Dies wäre eigentlich Erpressung. Die Versorgung mit Ölprodukten, insbesondere Heizöl und Spirit, stehe in Berlin zu wenig im Fokus. Weshalb seien die Heizölkosten in Berlin mittlerweile deutlich höher als bspw. in Frankfurt am Main? Wie könne Abhilfe geschaffen werden?

Christian Gräff (CDU) knüpft an, dass durch die parallel verlaufende Pipeline weiterhin Öl fließe. Gleichwohl sei die Dimension des Ölembargos noch nicht erkannt worden, das für Berlin und die ostdeutschen Bundesländer dramatische Folgen haben werde, bis hin zu einer Deindustrialisierung, weil bspw. die Pharmaindustrie auf dieses Öl angewiesen sei. Er könne nicht erkennen, dass sich die Bundesregierung und der Senat über weiche Statements hinaus gemeinsam mit Brandenburg darüber Gedanken machten, wie Unternehmen, die auf Produkte aus Schwedt angewiesen seien, und die entsprechenden Arbeitsplätze gesichert werden könnten. Welche Vorsorge werde konkret getroffen? Wie sei der Stand in der Energieministerkonferenz? Er verweise auf Medienberichte über erhebliche Steigerungen von GASAG-Abschlagszahlungen bis zum Zehnfachen bei Mehrfamilienhäusern. Sei SenWiEnBe mit der

GASAG im Gespräch? Welche Zeitlinien seien für weitere Gespräche festgelegt worden? Wie wolle der Senat Härtefälle auffangen? Gebe es dafür eine Clearing- oder Anlaufstelle?

Jörg Stroedter (SPD) erwidert, dass CDU-Vertreter in Talkshows nur Panzerdebatten führten und die bundesweite Debatte teilweise gespenstisch sei; diese Strategie führe zu Stimmen für die AfD zulasten der CDU. – Die GASAG stelle sich als günstigen Anbieter dar, stuft aber Vermieter als Gewerbekunden ein, die die höheren Preise, das Vier- bis Fünffache, an die Mieter weitergäben. Was unternehme der Senat dagegen? Man müsse auch über Ölheizungen reden, bei denen es Preiserhöhungen um das Zwei- bis Dreifache gebe. Viele Leute könnten nicht kurzfristig von Ölheizungen umsteigen. Auch bei Strompreisen sei bisher nichts geregelt. Was unternehme der Senat gegenüber der Bundesregierung, um hier voranzukommen? Denn diejenigen, bei denen es nicht um Gas gehe, dürften nicht auf der Strecke bleiben. Unternehmen und Soloselbständige hätten Energieprobleme. Der Senat wolle kofinanzieren, wenn der Bund Entscheidungen getroffen habe. Wie seien die Planungen und der zeitliche Ablauf bei den Förderprogrammen? Ab wann stünden die Gelder zur Verfügung? Im Moment gebe es nur Darlehen, man wolle aber wieder zu Zuschussprogrammen kommen.

Frank-Christian Hansel (AfD) bittet um Auskunft, was in den letzten zwei Wochen beim Thema Energieversorgungssicherheit passiert sei, damit eine Gasmangellage in Berlin vermieden werden könne. Der Frage nach einer Kompensation für diejenigen, die vom Gaspreisdeckel nicht profitierten und von Ölpreissteigerungen betroffen seien, schließe er sich an.

Dr. Stefan Taschner (GRÜNE) unterstreicht, dass sich die GASAG in den letzten Monaten unmöglich benommen habe. Es sei mehr oder weniger ein zweiter Grundversorgertarif zulasten derer, die durch unglückliche Kündigungen bei der GASAG gelandet seien, eingeführt worden. Er erwarte, dass der Senat Klartext mit der GASAG rede. Teile der Senat die Auffassung, dass sich die GASAG nicht rechtswidrig verhalte, sondern eine Lücke nutze? Dies mache die Sache nicht besser, aber formal weniger angreifbar. Im Hinblick auf den Solarausbau müsse man nicht nur die Förderprogramme nachziehen, sondern auch den Fachkräftemangel angehen. Es nütze nichts, Geld auszugeben, wenn Leute zur Installation von Solaranlagen fehlten. Was unternehme der Senat? Wo seien bereits Lieferengpässe bekannt? Wie stehe es um die Versorgung mit Solarmodulen? Und was habe der Senat im Zusammenspiel mit Brandenburg getan, um Solarindustrie wieder in Berlin und Brandenburg anzusiedeln?

Christian Wolf (FDP) bekundet Interesse daran, wie Unternehmen in der Krise entlastet werden könnten. Es sei eine Pflicht zum hydraulischen Abgleich für Eigentümer/-innen von großen Gebäuden zum 1. Oktober in Kraft getreten. Wie unterstütze der Senat die landeseigenen Wohnungsgesellschaften dabei? Unternehmen mit einem Energieverbrauch von 10 GW pro Jahr seien verpflichtet, wirtschaftliche Energieeffizienzmaßnahmen durchzuführen. Inwieweit seien landeseigene Betriebe von verpflichtenden Investitionen betroffen? Werde dies Gegenstand des Nachtragshaushalts sein?

Staatssekretär Tino Schopf (SenWiEnBe) verweist darauf, dass die GASAG kein landeseigenes Unternehmen sei. Daher könne der Senat nur versuchen, mit der GASAG in Gesprächen das eine oder andere für die Kunden zu erreichen, was auch gelinge. Das übermittelte Lagebild enthalte Aussagen zum Standort PCK Schwedt und zur weiteren Vorgehensweise. Zur Belieferung über Danzig lägen ihm im Moment keine Informationen vor; dazu müsse eine Antwort nachgereicht werden. Das Bündnis mit den Unternehmen in Berlin solle die

Wirtschaft in die Energiesparmaßnahmen einbinden. Es finde ein regelmäßiger Austausch mit den Unternehmen und den Betreibern kritischer Infrastruktur statt. SenWiEnBe halte dies auch nach. Nach den Vorschlägen der Expertenkommission erwarteten die Menschen eine Strompreisbremse, die nun so schnell wie möglich kommen müsse. Zur Ansiedlung von Unternehmen der Solarbranche verweise auf die Zuständigkeit von Berlin Partner. Ihm seien im Moment keine Unternehmen bekannt, die sich in Berlin bzw. Brandenburg ansiedeln wollten.

Christian Gräff (CDU) äußert, dass die Antworten unbefriedigend und viele Fragen offengeblieben seien. Die Frage der Belieferung von Schwedt stelle sich schon länger. SenWiEnBe sei Aufsichtsbehörde für die GASAG. Auch wenn rechtlich wenig Spielraum bestehe, müsse man mehr tun, als nur Einzelfälle weiterzuleiten. Die Besprechung habe heute nichts gebracht. Sie müsse beim nächsten Mal wiederholt werden, wenn der Senator anwesend sei.

Im Weiteren vertagt.

Punkt 5 der Tagesordnung

- a) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0031](#)
Qualifizierung der Vergabepaxis im Land Berlin
(auf Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis
90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke) [WiEnBe](#)
- Hierzu: Anhörung
- b) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0003](#)
Hürden des Berliner Ausschreibungs- und
Vergabegesetzes für das Berliner Handwerk
(auf Antrag der Fraktion der CDU) [WiEnBe](#)
- c) Antrag der Fraktion der FDP [0056](#)
Drucksache 19/0135 [WiEnBe](#)
Unbürokratische-und-wirtschaftliche-Vergabe-
Gesetz (BerlAVG) [Haupt\(f\)](#)
- d) Antrag der Fraktion der CDU [0071](#)
Drucksache 19/0374 [WiEnBe](#)
Das Berliner Vergaberecht von Ballast befreien –
Gesetz zur Vereinfachung und Entbürokratisierung
des Berliner Vergaberechts
- e) Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis [0078](#)
90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke [WiEnBe](#)
Drucksache 19/0479 [Haupt](#)
Erstes Gesetz zur Änderung des Berliner
Ausschreibungs- und Vergabegesetzes

Siehe Wortprotokoll.

Punkt 6 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.